



Niederschrift

über die **20. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung**, zu der
für Mittwoch, den 24.05.2023 um 19:30 Uhr
in den Sitzungssaal des Rathauses einberufen
und ordnungsgemäß geladen war. Es sind erschienen:

als stimmberechtigte Stadtverordnete:

1. Ax, Wolfgang
2. Dormagen, Jonas
3. Eisenberg, Ulrich
4. Fuchs, Marten Cornel
5. Hautzel, Lothar
6. Heil, Jörg Peter
7. Kilb, Michael
8. Kirchner, Alexander
9. Kremer, Lukas
10. Kuhlisch, Thomas
11. Lampe-Bullmann, Claudia
12. Mackauer-Brühl, Antje
13. Martin, Jörg
14. Müller, Sandra
15. Naß, Armin
16. Pötz, Felix
17. Schäfer, Bernd
18. Schäfer, Natascha
19. Schäfer, Patrick
20. Schallner, Bernd
21. Schmidt, Heiko
22. Stenzel, Sonja
23. Stöppler, Christian
24. Wagner, Klaus-Jürgen
25. Winter, Susanna

seitens des Magistrates:

1. Kremer, Michel
2. Bayer, Christoph
3. Bullmann, Alexander
4. Klement, Michael
5. Hemming-Woitok, Sabine
6. Hastrich, Manfred
7. Bremser, Eberhard
8. Nickel, Aileen
9. Scharnhoop, Sebastian

Es fehlen entschuldigt

seitens der Stadtverordneten:

Beul, Dieter
Brahm, Bernhard
Burggraf, Frank
Etzold, Heiner
Löw, Sylvana
Sanders, Sigrun

seitens des Magistrates:

Schmitt, Christoph
Skopek, Daniel

Lfd. Nr.	Tagesordnungspunkte	Beschluss-Nr.
1.)	Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2.)	Anfragen an den Magistrat	
3.)	Antrag der CDU-Fraktion hier: Feuerwehr- und Vereinshaus im Stadtteil Dehrn	
4.)	Vertretung des Stadtverordnetenvorstehers	2023/232
5.)	Benennung eines Mitgliedes für den Haupt- und Finanzausschuss	2023/233
6.)	Sachstandsbericht zum Umsetzungsstand der Haushaltsbegleitbeschlüsse zum Haushalt 2022	2023/222
7.)	Sachstandsbericht zum Verfahrensstand und zur Beteiligung der Stadt Runkel am Projekt Windpark Arfurt-Seelbach	
8.)	Sachstandsbericht zum Verfahrensstand und zur Beteiligung der Stadt Runkel im Genehmigungsverfahren Steinbruch Hengen Nord und zu den aus den Gutachten gewonnenen Erkenntnissen zu einer möglichen Trinkwassergefährdung der Stadtteile Dehrn und Steeden	
9.)	Sachstandsbericht zur Betriebskostensteigerung durch die Firma Süwag (Stadt Runkel und Wasserverband)	
10.)	Bericht über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 28 Gemeindehaushaltsverordnung zum 30. April 2023	2023/226
11.)	Haushalt für das Haushaltsjahr 2023 hier: Einbringung	
12.)	Schöffenwahl 2023 für die Geschäftsjahre 2024-2028 Aufstellung der Vorschlagsliste	2023/228
13.)	Ehrungen ausgeschiedener Mandatsträger	
14.)	Mitteilungen des Magistrates	

Beginn der Sitzung: 19:30 Uhr
 Ende der Sitzung: 22:28 Uhr

ÖFFENTLICHER TEIL

1.) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zur Tagesordnung gibt es keine Einwände.

2.) Anfragen an den Magistrat

Anfrage der SPD-Fraktion:

Stadtverordnetenfraktion Runkel
Lothar Hautzel
Birkenstr. 5
65594 Runkel- Wirbelau 11.05.2023

Hauptamt der Stadt Runkel
Burgstraße 4
65594 Runkel

Anfrage an den Magistrat:

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 26.04.2023 zum Tagesordnungspunkt 4:

(Sachstandsbericht zum Verfahrensstand und zur Beteiligung der Stadt Runkel im Genehmigungsverfahren Steinbruch Hengen Nord und zu den aus den Gutachten gewonnenen Erkenntnissen zu einer möglichen Trinkwassergefährdung der Stadtteile Dehrn und Steeden)

den von der SPD-Fraktion eingebrachten Zusatzantrag zur zeitnahen Bürgerinformation durch die Stadt Runkel einstimmig beschlossen. Da die Verunsicherung der Bürger in den betroffenen Stadtteilen unverändert groß ist stellt sich die Frage der Umsetzung des Beschlusses durch den Magistrat.

Frage:

Wann und wie gedenkt der Magistrat diesen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung umzusetzen?

Mit Freundlichen Grüßen
Lothar Hautzel SPD-Fraktion
(Fraktionsvorsitzender)

Alexander Kirchner

Beantwortung des Bürgermeisters:

Der Magistrat bzw. die Verwaltung gedenken den Beschluss im Rahmen der Berichterstattung in einem separaten Bericht in der NNP umzusetzen. Dieser Bericht wird auch per Newsletter an die Empfänger verteilt werden, damit die Information zeitnah vorliegt. Bisher ist dieses leider noch nicht erfolgt, im Rahmen des Berichtes zum TOP 8 wird der Bürgermeister nochmals darauf eingehen.

Anfrage der Bürgerliste:

Magistrat der Stadt Runkel

Runkel, den 14.05.2023

Burgstraße 4
65594 Runkel

Anfrage der Fraktion der Bürgerliste Runkel zum Umfang der aktuell genutzten Photovoltaikfläche und -leistung sowie der geplanten Erweiterungen und möglicher weiterer Ausbaustandorte im Stadtgebiet Runkels

Sehr geehrte Magistratsmitglieder, sehr geehrter Herr Bürgermeister Kremer, wie der heimischen Presse zu entnehmen war, erstellt der Kreis Limburg-Weilburg aktuell eine Aufstellung aller vorhandenen, geplanten und machbaren Standorte für Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Gebäuden und Flächen. Ziel ist es, die eigenen Energiekosten deutlich zu reduzieren und einen Beitrag zur Energiewende zu leisten.

Unsere Fragen:

Wie ist der Umfang der aktuell durch die Stadt Runkel direkt oder indirekt betriebenen und genutzten Photovoltaikfläche und -leistung im Stadtgebiet?

Wie hoch waren die haushaltswirksamen Erträge aus diesen Flächen im Jahr 2022?

Gibt es eine Aufstellung, welche weiteren Gebäude und Freiflächen im Besitz der Stadt Runkel kurz- und mittelfristig für die Errichtung von Photovoltaikanlagen genutzt werden können?

Mit welchen haushaltswirksamen Investitionskosten ist zu rechnen?

Könnte die erzeugte Solarenergie zur Senkung der Betriebskosten des Wasserverbands genutzt werden?

Welchen Fördermitteln sind zu erwarten, sollte es der Stadt Runkel gelingen nachvielen Jahren den Beitritt der Stadt Runkel zum Bündnis „Hessen-aktiv- Die Klima Kommunen zu vollziehen?

Wir würden uns freuen, wenn sie unsere Fragen in der anstehenden Stadtverordnetenversammlung beantworten könnten.

Mit freundlichen Grüßen
Klaus Wagner
(Fraktionssprecher Bürgerliste Runkel)

Beantwortung des Bürgermeisters:

Aus Sicht der Verwaltung sind als Gebäude das neue Feuerwehrhaus Hofen+Eschenau und die Leichenhalle in Dehrn grundsätzlich geeignet.

Die Anlage für das Feuerwehrhaus Hofen+Eschenau ist bereits mit EURO 150.000,00 veranschlagt.

Die Kosten für die Leichenhalle in Dehrn werden grob überschläglich mit EURO 55.000,00 veranschlagt, wobei die Kosten für ggf. erforderliche Anpassungen an der Elektroanlage, dem bestehenden Stromanschluss und die erforderliche Blitzschutzanlage nicht enthalten sind. Bei der Leichenhalle ist darauf hinzuweisen, dass dort nur ein sehr geringer Eigenverbrauch an Strom vorliegt und dem zu Folge überwiegend nur die Einspeisevergütung zur Amortisation dienen kann.

Bezüglich von Freiflächen wurden in der Kürze der Zeit zunächst die im Teilregionalplan Energie Mittelhessen dargestellten Vorrangflächen in den Gemarkungen Wirbelau und Schadeck betrachtet.

In Wirbelau liegen in dieser Vorrangfläche ca. 1.200 m² der städtischen Wegeparzelle Flur 4, Flurstück 176.

In Schadeck liegt in der dortigen Vorrangfläche das 685 m² große städtische Grundstück Flur 4, Flurstück 52.

Eine isolierter Ausbau nur der städtischen Flächen rechnet sich wirtschaftlich sehr wahrscheinlich nicht und dürfte wegen der Kleinteiligkeit auch nicht genehmigt werden.

Eine Verwendung der erzeugten Solarenergie zur Senkung der Betriebskosten des Wasserverbands ist nach Einschätzung des Bauamts nur möglich, wenn der erzeugte Strom zu den entsprechenden Stromverbrauchern geleitet wird, was entsprechende Investitionen in die Leitungsinfrastruktur bedingt.

Für Mitgliedskommunen des Bündnisses „Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen“ gibt es eine Förderung von bis zu 90 %, für andere Kommunen von bis zu 70 %, jeweils gedeckelt auf EURO 250.000,00.

Erträge, die aus der Photovoltaik generiert werden:

Die zurzeit existierenden Photovoltaikanlagen an Bürgerhaus Dehrn, Kita Runkel, BGH Wirbelau und Kita Steeden haben im vergangenen Jahr insgesamt 30.867,58 Euro generiert. Zu diesen Einnahmen kommt noch die Beteiligung der S+S Solarfond hinzu, die die Großfläche in Kerkerbach mit Photovoltaik betreibt. Hier hat die Stadt Runkel jährliche Pachteinahmen in Höhe von 9.000,00 Euro. Im vergangenen Jahr vereinnahmte die Stadt Runkel 58.800,00 Euro, wobei hier eine Sonderausschüttung vorgenommen wurde. Im Regelfall liegen diese Einnahmen zwischen 30.000 Euro und 40.000 Euro.

3.) Antrag der CDU-Fraktion hier: Feuerwehr- und Vereinshaus im Stadtteil Dehrn

Per Email eingegangen:

Bernd Schäfer
Kasselerhof
65594 Runkel

Guten Tag Herr Heil,

für die nächste Stadtverordnetenversammlung möchte ich im Namen der CDU Fraktion folgenden Antrag stellen:

Mit dem Leerstand der Verwaltungsstelle Dehrn im Feuerwehr- und Vereinshaus hat sich der Ortsbeirat ebenfalls schon mehrfach beschäftigt und ein Nutzungskonzept beantragt. Dieser Antrag wurde in der Stadtverordnetenversammlung behandelt und der Magistrat mit der Erstellung eines Nutzungskonzepts beauftragt. Der Bürgermeister wiederum gab den Auftrag zurück an den Ortsbeirat Dehrn. Dieser soll nun über eine Empfehlung für eine Nutzung der Räume entscheiden.

Der Ortsbeirat schlägt in seiner Sitzung vom 23.03.2023 vor, die Nutzung des Leerstandes der Verwaltungsstelle Dehrn für die Verwaltungstätigkeiten der Feuerwehr Dehrn und des Bündnis Ortsentwicklung Dehrn zu nutzen. Die Unterlagen dazu könnten in separat verschlossenen Schränken aufbewahrt werden, somit sind die datenschutzrechtlichen Richtlinien erfüllt. Beide Organisationen haben eine umfangreiche Datensammlung und Dokumentation und sollen bei ihrer notwendigen Arbeit räumlich unterstützt werden. Der Raum, in dem zur Zeit Dokumente aus der Geschichte von Dehrn aufbewahrt werden, soll weiterhin diese Nutzungsform behalten.

Daher bittet die CDU Fraktion, die Stadtverordnetenversammlung, den Beschluss des Ortsbeirates Dehrn zu unterstützen und die Leerstände im Feuerwehr- und Vereinshaus wie folgt zu nutzen:

Die Nutzung des Leerstandes der Verwaltungsstelle Dehrn für die Verwaltungstätigkeiten der Feuerwehr Dehrn und des Bündnis Ortsentwicklung Dehrn zu nutzen. Die Unterlagen dazu könnten in separat verschlossenen Schränken aufbewahrt werden, somit sind die datenschutzrechtlichen Richtlinien erfüllt. Beide Organisationen haben eine umfangreiche Datensammlung und Dokumentation und sollen bei ihrer notwendigen Arbeit räumlich unterstützt werden. Der Raum, in dem zur Zeit Dokumente aus der Geschichte von Dehrn aufbewahrt werden, soll weiterhin diese Nutzungsform behalten.

Der Beschluss dazu wurde wie folgt gefasst:

Freundliche Grüße

Bernd Schäfer

Herr Stadtverordneter Schäfer verliest den Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Fraktionsvorsitzender Hautzel erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Antrag grundsätzlich zustimmen würde. Es bleiben jedoch einige Fragen/Anregungen noch zu klären:

- Wurde von der Verwaltung ausreichend geprüft, ob eine Nutzung durch die Verwaltung selbst (z.B. Auslagerung Ordnungsamt oder Tourismus etc.) ausgeschlossen ist? Wurden auch Alternativen dazu geprüft?
- Der BOD ist keine Organisation der Stadt Runkel, sondern ein Verein. Hier würden die Vereinsförderrichtlinien greifen, die zu beachten wären. Nach dem Gleichberechtigungsgrundsatz können hier Vereine Unterstützung anfordern.
- Die SPD-Fraktion hat kein Verständnis dafür, dass von der Stadtverordnetenversammlung beauftragte Arbeitsaufträge an den Magistrat wieder zurück an den Ortsbeirat verwiesen werden. Laut HGO ist das nicht möglich. Die Reihenfolge der rechtlichen Verwaltungswege muss eingehalten werden. Der Ortsbeirat hat ein Anhörungsrecht, was auch durchgeführt werden muss.

Die SPD-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird zur Bearbeitung zuständigkeitshalber an der Magistrat verwiesen. Der Magistrat wird aufgefordert, seinerseits ein Nutzungskonzept mit Darstellung der wirtschaftlichen Alternativen und der Prüfung der möglichen Eigenutzung zu erstellen.

Herr Stadtverordneter Schäfer ergänzt, dass die Feuerwehr Dehrn mit 50 aktiven Mitgliedern eine der stärksten Wehren im Stadtgebiet sei. Derzeit werden sehr empfindliche persönliche Daten in der Küche aufbewahrt, ein Datenschutz ist hier nicht gegeben.

Der BOD ist eine Organisation, die vor ca. 16 Jahren gegründet wurde. Sie hat im Auftrag der Stadt Runkel Aufgaben bewerkstelligt, die die Stadt aus personellen Gründen nicht schaffen konnte. Dieser Verein macht konstruktive und produktive Arbeit für alle.

Herr Fraktionsvorsitzender Wagner teilt mit, dass die Bürgerliste der vorgeschlagenen Lösung zustimmen würde. Sie ist schnell umsetzbar und nach langem Leerstand könnten die Räume einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden.

Der Magistrat sollte sich noch einmal dringend mit dem Konzept der Vereinsförderlinien beschäftigen, um die Gleichbehandlung aller Vereine zu erlangen.

Der Bürgermeister stellt klar, dass der Ortsbeirat Dehrn über die Empfehlung der Nutzung entscheiden sollte, was durchaus getan wurde. Danach hätte der Magistrat sich generell mit der Empfehlung des Ortsbeirates befasst und weiterberaten.

Seines Erachtens sei die Nutzung durch die Feuerwehr sinnvoll. Im Falle einer Zustimmung sollte in den Vertrag mit aufgenommen werden, dass eine Nutzung durch die Stadtverwaltung Runkel jederzeit vorrangig ist.

Obwohl der Ortsbeirat dem Magistrat ein Nutzungskonzept vorgelegt hat, wird es in der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt, so Herr Stadtverordneter Kirchner. Ist das der zukünftige „Stil“ der Stadt Runkel, dass nur noch durch Anträge der Fraktionen Arbeitsaufträge abgehandelt werden?

Das Bündnis ´90/Die Grünen regt an, die Gleichbehandlung nicht aus den Augen zu verlieren.

Der Antrag der SPD-Fraktion über die Verweisung zurück in den Magistrat wird von Herrn Stadtverordnetenvorsteher Heil verlesen:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird zur Bearbeitung zuständigkeitshalber an der Magistrat verwiesen. Der Magistrat wird aufgefordert, seinerseits ein Nutzungskonzept mit Darstellung der wirtschaftlichen Alternativen und der Prüfung der möglichen Eigenutzung zu erstellen.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen 11 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

4.) Vertretung des Stadtverordnetenvorstehers

Der Stadtverordnetenvorsteher erläutert den Sachverhalt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel wählt als 2. Stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Herrn Thomas Kuhlisch (BL).

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Herr Stadtverordneter Kuhlisch nimmt die Wahl an.

5.) Benennung eines Mitgliedes für den Haupt- und Finanzausschuss

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil teilt mit, dass in der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28.04.2021 beschlossen wurde, die Ausschüsse nach dem Stärkeverhältnis im Benennungsverfahren zu besetzen. Der aus der Stadtverordnetenversammlung ausgeschiedene Herr Christian Fürstenfelder war Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses. Als Nachfolgerin benennt die Bürgerliste Frau Natascha Schäfer (BL).

6.) Sachstandsbericht zum Umsetzungsstand der Haushaltsbegleitbeschlüsse zum Haushalt 2022

Sachverhalt: (wird vom Bürgermeister erläutert)

In seiner Sitzung vom 15.03.2023 hat die Stadtverordnetenversammlung einen Sachstandsbericht zum Umsetzungsstand der Haushaltsbegleitbeschlüsse zum Haushalt 2022 beschlossen, der hiermit zur Beratung und weiteren Beschlussfassung vorgelegt wird.

Beschluss:

Die im Stellenplan aufgeführte und für das zweite Halbjahr 2022 geplante Stelle des Bauhofes, welche zukünftig mit einem „Hausmeister“ besetzt werden soll, erhält folgenden Sperrvermerk:

„Eine Besetzung der Hausmeisterstelle im Bereich Bauhof wird erst ab 01.01.2023 gewährt. Eine Stellenbeschreibung ist anzufertigen.“

Sachstand:

Die Stellenbeschreibung wurde angefertigt und den Mitgliedern des Magistrates am 23.03 per Mail, sowie dem HFA in seiner Sitzung vom 23.03 vorgelegt. Inzwischen ist die Stellenausschreibung erfolgt. Demnach ist der Sperrvermerk erfüllt.

Zeitplan für die Umsetzung:

Q3/2023 Besetzung der Stelle

Beschluss:

Reduzierung der Investitionsnummer I11-533-01 Austausch Bleihausanschlüsse Wasserleitungen für 2022 und die Folgejahre auf 10.000, - EUR

Sachstand:

Die Investitionsnummer I11-533-01 Austausch Bleihausanschlüsse Wasserleitungen wurde für den Haushalt 2022 auf 10.000€ reduziert. Die Umstellung für die Folgejahre wurde übersehen. Da allerdings die Höhe der Summe der Folgejahre keinen Einfluss auf das Haushaltsjahr 2022 hat, haben sich hier auch keine finanziellen Auswirkungen ergeben. Eine nachträgliche Änderung ist weder möglich, noch hätte sie Auswirkungen. Für den Haushalt 2023 wurde der Ansatz von Seiten des Magistrates weiter reduziert.

Zeitplan für die Umsetzung:

Keine weitere Umsetzung vorgesehen

Beschluss:

Investitionsmaßnahmen und Verpflichtungsermächtigungen für das Bauprojekt Am Ohlenberg mit folgenden I- und V- Nummern:

- I-53312-01 und V-53312-01
- I-53812-01 und V-53812-01
- I-54112-01 und V-54112-01

Soll aus dem Investitionsplan 2022 und Finanzplan 2023 um ein Jahr in die Finanzpläne 2023 und 2024 verschoben werden. Die eingesparten Investitionsmittel im Haushaltsjahr 2022 sollen für den Endausbau Arfurt und Hofen verwendet werden. Hierfür ist jeweils eine neue Investitionsnummer nebst Verpflichtungsermächtigung anzulegen.

Sachstand:

Die beschlossenen Änderungen im Haushalt 2022 wurden umgesetzt und es wurden neue Investitionsnummern nebst Verpflichtungsermächtigungen angelegt.

Die Umsetzung der Maßnahme wurde aufgrund der personellen Situation im Bauamt, vor allem aber auch bedingt durch die Kündigung von Herrn Schlaw und die damit verbundene weitere Verschlechterung der Personalsituation bisher noch nicht angegangen. Die Stelle von Herrn Schlaw wurde ausgeschrieben.

Zeitplan für die Umsetzung:

Durch die weiter anhaltende prekäre Situation im Bauamt kann hier kein belastbares Zeitfenster angegeben werden.

Beschluss:

Für die Investitionsnummer I-54150-01 Neubau Brücke Arfurt-Villmar wird ein Sperrvermerk mit folgendem Wortlaut aufgenommen:

Die Maßnahme kann erst begonnen werden, wenn die Verwaltung der Stadtverordnetenversammlung (Bauausschuss) ein Konzept mit folgenden Ausarbeitungen zur Beschlussfassung vorgelegt hat:

- a. Förderkonzept der Maßnahme
- b. Zustimmung und Beteiligung des Marktflecken Villmar

Der Magistrat wird beauftragt, Gespräche mit dem Marktflecken Villmar zu führen,

um dessen Votum hinsichtlich Zustimmung und Beteiligung zu erfragen. Über das Ergebnis ist die Stadtverordnetenversammlung in der Oktobersitzung zu unterrichten.

Sachstand:

Die Vorgaben des Sperrvermerks sind noch nicht erfüllt. Erste Gespräche mit BGM Rubröder wurden geführt. Ein Förderkonzept liegt noch nicht vor. Von Seiten des Kreises aus wird die Brücke aber wahrscheinlich Eingang ins Radwegekonzept finden und damit würden sich Fördermöglichkeiten eröffnen.

Zeitplan für die Umsetzung:

06/2023 Weitere Gespräche mit dem Kreis über die Fördermöglichkeiten

06/2023 Weitere Gespräche mit dem Marktflecken Villmar über eine Beteiligung

Beschluss:

Haushaltsbegleitbeschluss:

Der Magistrat prüft die Anpassung der Kindergartengebühren und die diesbezügliche Satzung um eine jährliche Steigerung auf Grundlage eines noch zu bestimmenden Indizes (Inflationsrate, Verbraucherpreisindex, etc.) zu implementieren. Die Anpassungen sollen ab dem Haushaltsjahr 2023 greifen und der Stadtverordnetenversammlung ist das Konzept nebst Satzungsänderung vorher vorzustellen.

Sachstand:

Die Möglichkeit einer jährlichen Steigerung wurde geprüft und von den angefragten Stellen als positiv bewertet. Im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Haushalt 2023 wurden die Kita-Gebühren thematisiert und der Magistrat hat hierzu einen Beschluss gefasst. Aktuell wird die Satzung angepasst, bevor sie der STVV vorgelegt wird. Die Umstellung soll zum neuen Kita-Jahr 2023/2024 erfolgen.

Zeitplan zur Umsetzung:

05/2023 Anpassung der Satzung und erneute Vorlage im Magistrat

06/2023 Vorlage in der STVV

Beschluss:

Haushaltsbegleitbeschluss:

Alle städtischen Miet- & Pachtverträge (ohne Campingplatz) sollen auf Anpassungsmöglichkeiten (Änderung, Kündigung, Änderungskündigung) geprüft werden. Nach erfolgter Prüfung ist ein Konzept nebst Prognosen auszuarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Sachstand:

Die Anpassungsmöglichkeiten wurden geprüft und im Magistrat beschlossen. Die Prognose wird aktuell durch die Finanzverwaltung erstellt.

Zeitplan zur Umsetzung:

05/2023 Vorlage in der STVV

Beschluss:

Haushaltsbegleitbeschluss:

Prüfung der städtischen Darlehensverträge auf Umschuldungs- und Zusammenfassungsmöglichkeiten zu aktuell (günstigen) Konditionen, bevor die Zinsen in den Folgejahren wieder steigen.

Sachstand:

Die städtischen Darlehen wurden auf Umschuldungsmöglichkeiten geprüft und die Kreditinstitute wurden angefragt. Einige Kreditinstitute zeigten und zeigen sich nicht offen für eine Umschuldung. Auch wenn die Zinskonditionen aktuell schlechter geworden sind, ist die Prüfung noch nicht final abgeschlossen.

Zeitplan zur Umsetzung:

05/2023 Finale Gespräche mit dem Land Hessen und den betroffenen Kreditinstituten. Ergebnisabhängig erfolgt danach entweder eine Vorlage in den zuständigen Gremien oder eine Information über den Ausgang selbiger.

Beschluss:

Nach Prüfung des aktuellen Pachtvertrages, schnellstmögliche Anpassung des Pachtzinses für den Campingplatz Runkel auf 1, - EUR pro Quadratmeter Pachtfläche.

Sachstand:

Der aktuelle Pachtvertrag wurde geprüft und gilt bis 2041. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit der Änderungskündigung mit dem HSGB eruiert (und wird es noch). Gespräche mit dem Pächter wurden bereits geführt, bisher konnte allerdings keine Einigung erreicht werden.

Zeitplan zur Umsetzung:

06/2023 Abschluss der Vertragsprüfung und Aufzeigen der Möglichkeiten durch den HSGB. Ergebnisabhängig erfolgen danach weitere Gespräche mit dem Pächter

Beschluss:

Haushaltsbegleitbeschluss:

Die Maßnahme „Prüfung der Räumlichkeiten Burgstr. 23“ aus dem Haushaltssicherungskonzept soll durch die Verwaltung weiterbearbeitet, final geprüft und zu einem für die Stadt positiven Ausgang geführt werden, um in Zukunft von der Mietbelastung und den Folgekosten befreit zu werden.

Sachstand:

Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Zeitplan zur Umsetzung:

06/2023 Vorlage der Ergebnisse der Prüfung und Erstellung von Vorschlägen im Magistrat
09/2023 Vorlage der Vorschläge in der STVV

Beschluss:

Erstellung eines Antrags und Beschlussrealisierungsplans

Sachstand:

Die Möglichkeit einer Nachverfolgung des Sachstandes bzw. des Umsetzungsgrades eines Beschlusses kann über das angeschaffte Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt werden. Im Zuge der zur Verfügungstellung der Tablets ist es vorgesehen gewesen, die Nachverfolgung durch das Programm zu ermöglichen. Dieser Prozess hat sich leider aus unterschiedlichen Gründen verzögert. Da ein Zeitfenster für diese

Implementierung leider noch nicht gegeben werden kann, wurde von Seiten der Verwaltung aus entschieden, für den weiteren Übergang Beschlusslisten zur Verfügung zu stellen. Diese befinden sich gerade in Aufarbeitung und sollen bis zur Sommerpause vorliegen.

Zeitplan zur Umsetzung:

06/2023 Zur Verfügungsstellung der Beschlusslisten zum Übergang

09/2023 Nutzung des Ratsinformationssystems für die Nachverfolgung

Herr Stadtverordneter Ax stellt fest, dass der ambitionierte Umsetzungsplan fehlt. Die Einsparungen „Burgstraße 23 - Tourist-Info, Pacht- und Mietverträge und Campingplatz“ wurden bereits vom HFA Ende 2021 beraten. Hier hieß es damals in einem Einsparungsplan, dass z.B. die Pacht für den Campingplatz erhöht werden sollte (4.000 Euro für 18.000 qm).

Herr Fraktionsvorsitzender Wagner stellt zu den einzelnen Punkten klar, was ihm fehlt und was gemacht werden sollte bzw. was nicht umgesetzt wurde. Auch wenn Maßnahmen nicht umgesetzt werden können, so ist trotz allem wenigstens eine Mitteilung in der Stadtverordnetenversammlung notwendig.

Den HFA-Mitgliedern wurde mitgeteilt, dass der Wasserpreis erhöht werden müsse, weil es dort Kosten gäbe, die exorbitant gestiegen seien, so Herr Fraktionsvorsitzender Hautzel. Er ist erstaunt nun zu hören, dass die 10.000 Euro für den Austausch von Bleileitungen gar nicht verausgabt werden.

Der Bürgermeister stellt hierzu klar, dass hier nur der Ansatz reduziert wurde. Es wurde nie gesagt, dass kein Geld verausgabt werden solle.

7.) Sachstandsbericht zum Verfahrensstand und zur Beteiligung der Stadt Runkel am Projekt Windpark Arfurt-Seelbach

Der Bürgermeister erläutert die Informationsvorlage und die dazugehörigen Antworten.

Herr Fraktionsvorsitzender Wagner fragt nach, wie weit das Thema „Gründung einer Energiegenossenschaft“ gediegen sei. Fachkundige Bürger könnten sich bei dem Gremium beteiligen, eine Informationsveranstaltung für die Bürger/innen könnte durchgeführt werden. Er fragt nach einem Zeitplan und nach weiteren angedachten Maßnahmen, für den Fall der Umsetzung, dass man gut aufgestellt sei.

Herr Bürgermeister Kremer berichtet, dass ursprünglich Ende Mai ein Termin mit Interessenten vorgesehen war, ob das Interesse an weiteren Informationen und Bereitschaft weiter besteht. Für Mitte Juni ist ein Gesprächstermin mit der Energiequelle angedacht. Verschiedene Absprachen bezgl. der Möglichkeit, Windräder zu übernehmen etc. müssen getroffen werden. Ein Schriftstück soll auf den Weg gebracht werden.

Auf Nachfrage von Herrn Stadtverordneten Kirchner erklärt der Bürgermeister den Begriff „qualifizierte Menschen“.

Der Fraktionsvorsitzende der Bürgerliste führt aus, dass eine solche Gesellschaft auch einen Vorstand haben muss. Diese Mitglieder müssen eine entsprechende Qualifikation haben.

Herr Stadtverordneter Fuchs stellt klar, dass sich an der Sachlage in Arfurt prinzipiell nichts geändert hat. Er bittet darum, Informationen über geplante Gespräche im Runkeler Blättchen bzw. Newsletter zu veröffentlichen.

8.) Sachstandsbericht zum Verfahrensstand und zur Beteiligung der Stadt Runkel im Genehmigungsverfahren Steinbruch Hengen Nord und zu den aus den Gutachten gewonnenen Erkenntnissen zu einer möglichen Trinkwassergefährdung der Stadtteile Dehrn und Steeden

Herr Bürgermeister Kremer verliest die Tischvorlage und steht für Fragen zur Verfügung.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil vermisst den Link über die regelmäßig durchgeführten Wasseruntersuchungen auf Keime.

Herr Stadtverordneter Schäfer und die CDU-Fraktion bedauern es, dass keinerlei Informationen an die Bevölkerung der beiden Stadtteile erfolgt sind.

Die SPD-Fraktion stellt fest, dass seitens der Verwaltung in dieser Angelegenheit bisher nichts unternommen wurde. Das hydrogeologische Gutachten hätte mittlerweile vom Magistrat bereits beauftragt werden müssen.

Herr Fraktionsvorsitzender Wagner findet es nicht gut, dass die Unterlagen erst kurz vor Beginn der Sitzung verteilt werden, eine Vorbereitung ist so leider nicht möglich. Die Verwaltung müsste in der Lage sein, das Gutachten zu lesen, so könnten die Ausgaben für einen Sachverständigen eingespart werden. Weiter versteht er nicht, weshalb in den vergangenen Wochen noch kein Gesprächstermin mit der Gemeinde Beselich stattgefunden hat. Es sollte auch die Untere Wasserbehörde miteinbezogen werden.

Der Bürgermeister antwortet, dass nach der Vorstandssitzung des Wasserverbandes-Georg-Joseph ein Gespräch mit dem Beselicher Bürgermeister stattfindet. Die Untere Wasserbehörde wird nach diesem Gespräch kontaktiert.

Zum Gutachten teilt der Bürgermeister mit, dass der Bauamtsleiter das Gutachten grob durchgeschaut hat und dieser zu dem Ergebnis gekommen ist, dass das anstehende Verfahren von ihm und seinen Bauamtskollegen nicht zu bewältigen ist.

Auf Nachfrage von Herrn Stadtverordneten Kuhlisch erklärt der Bürgermeister, dass die Bürgerinformation nicht nur durch die Berichterstattung der heutigen Sitzung erfolgt, sondern ein gesonderter Bericht in der Presse und im Newsletter der Stadt Runkel erscheinen wird.

Herr Stadtverordneter Kirchner drängt nochmals darauf, dass die Informationen an die Bevölkerung umgehend erfolgt. Bürgerversammlungen in den beiden Stadtteilen wären evtl. ratsam.

Herr Fraktionsvorsitzender Eisenberg gibt zur Kenntnis, dass sich eine Bürgerinitiative in Schubbach gegründet hat, die wahrscheinlich der Stadt Runkel mit vielfältigen Informationen dienen könnte.

Hierzu ergänzt der Fraktionsvorsitzende der Bürgerliste, dass fach- und sachkundige Bürger/innen auch in der Runkeler Bürgerliste zu finden seien. Die Bereitschaft zur Unterstützung besteht. Vielleicht könnte die Stadt Runkel eine sog. Expertenkommission einberufen.

Der Bürgermeister wird das Bauamt beauftragen, Kontakt zu den genannten Personen bzw. Einrichtungen aufzunehmen.

9.) Sachstandsbericht zur Betriebskostensteigerung durch die Firma Süwag (Stadt Runkel und Wasserverband)

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt und die Informationsvorlage.

Die Bürgerliste Runkel hat Fragen, die Herr Fraktionsvorsitzender Wagner stellt:

Kostensteigerung Firma Süwag:

- Was sagt der Vertrag über Vertragsergänzungen?
- An welchen Parametern macht die Süwag die Preise/Steigerungen (Zur Angleichung der Kosten- und Erlössituation) fest?
Absprachen sollten den Mandatsträgern vorgestellt werden.
- Könnte im Jahr 2024 auf Grund der Vertragsänderung eine weitere Preissteigerung erfolgen?
- Kennt jemand diesen Vertrag und wie ist das dort geregelt?
- An welchen Kriterien machen sich diese Erhöhungen fest?
- Hat die Stadt Runkel Einwirkungsmöglichkeiten auf diese Erhöhungen?
Wenn ja, wurden diese wahrgenommen und hat die Stadt Runkel mitverhandelt oder hat das die Firma Süwag für sich selbst entschieden?
- Welche Laufzeit hat der Betriebsführungsvertrag, gibt es Kündigungsfristen, ist ein Betreiberwechsel möglich?
- Welche Leistungen hat die Firma Horne erbracht?

Kostensteigerung Wasserverband:

- Der Vertragsablauf mit der EAM war am 31.12.2022. Wer ist hier der neue Vertragspartner, welche Laufzeiten und Kündigungsfristen wurden vereinbart?
- Wurden seitens des Verbandsvorstandes Einsparpotenziale ermittelt, um Kosten zu reduzieren?
- Es wurden 60.000 Euro für eine PV-Anlage im Wirtschaftsplan eingestellt. Kennt jemand die Wirtschaftlichkeitsberechnung dieser PV-Anlage?
- Eine Gebührenneukalkulation wurde in diesem Jahr beschlossen. Hier war das Thema Strompreisbremse bereits präsent. Diese wird sich kostensenkend auswirken. Warum wurde sie nicht zumindest anteilig bei den Einnahmen berücksichtigt, und damit kostenmindernd in die Gebührenkalkulation mit eingerechnet?

Herr Fraktionsvorsitzender Hautzel stellt klar, dass in jedem Vertrag eine sog. Sonderkündigungsklausel enthalten sei. Er erwartet, dass die Verwaltung z.B. im Fall einer solchen Erhöhung diese Klausel in Anspruch nimmt.

Herr Stadtverordneter Ax teilt als Mitglied im Wasserverband mit, dass die Verbandsversammlung bereits vor Monaten die Installation dieser PV-Anlage beschlossen hat. Es sei jedoch bisher nichts passiert.

Herr Fraktionsvorsitzender Wagner stellt den Antrag, diesen Punkt nochmals in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen, um das Thema detailliert zu klären. Alle Vertragsunterlagen, insbesondere der mit der Firma Süwag, sollen sodann vorliegen.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

10.) Bericht über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 28 Gemeindehaushaltsverordnung zum 30. April 2023

Sachverhalt:

Nach § 28 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) ist die Stadtverordnetenversammlung mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten.

Im Folgenden wird über den Stand des Haushaltsvollzugs zum 30. April 2023 berichtet.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes befindet sich die Stadt Runkel in der vorläufigen Haushaltsführung nach § 99 HGO, da noch kein genehmigter Haushalt vorliegt. Der Beschluss durch den Magistrat wurde am 28.04.2023 gefasst, sodass nun die Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss geplant werden, um eine anschließende Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung zu erzielen.

Für die Ansätze im Folgenden bedeutet dies, dass es sich um vorläufige Zahlen handelt, die sich durch die Beratungen noch verändern können.

1. Ergebnisrechnung

Zum Stichtag beläuft sich die Summe der ordentlichen Erträge auf 3.947.026,45 EUR. Bei einem Jahresansatz von 23.813.360 EUR (inkl. Auflösung Sonderposten) wurden nach vier Monaten rund 17 % der geplanten Erträge erzielt.

Die Summe der ordentlichen Aufwendungen beläuft sich auf 6.370.676,13 EUR. Bei einem Jahresansatz von 22.590.460 EUR (inkl. Abschreibungen) sind nach vier Monaten rund 28 % der geplanten Aufwendungen verausgabt.

Ohne die Berücksichtigung von anteiligen Jahresabschlussbuchungen, ergibt sich derzeit ein Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis von 2.736.134,13 EUR. Verrechnet mit dem außerordentlichen Überschuss in Höhe von 145.563,13 EUR ergibt sich insgesamt ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.590.571,00 EUR.

2. Finanzrechnung

Die Gesamtfinanzrechnung weist einen Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 1.494.545,17 EUR aus. Nach § 92 Abs. 6 Nr. 2 der HGO soll ein Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit mindestens in Höhe der Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und Darlehen vorliegen. Dies wird

aktuell erfüllt. In vier Monaten wurden bereits 316.506,25 EUR an Tilgung für Investitionskredite geleistet. Der Ansatz für die Tilgung beläuft sich auf 1.521.900 EUR.

Bislang erhielt die Stadt Runkel Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 134.591,13 EUR. Dagegen stehen 1.340.061,38 EUR an Auszahlungen aus Investitionstätigkeit. Aus dem Finanzhaushalt 2022 wurden insgesamt 3.552.866,51 EUR an Haushaltsausgaberesten für Investitionen übertragen. Davon wurden im Haushaltsjahr 2023 bisher 1.053.918,78 EUR ausgezahlt.

Saldiert ergibt sich ein Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit von 1.205.470,25 EUR, sodass sich insgesamt ein Zahlungsmittelüberschuss von 289.074,92 EUR ergibt.

Aus der Kreditermächtigung 2021 wurden im Januar 1.500.000 EUR aufgenommen und aus der Kreditermächtigung 2022 im April 2.000.000 EUR (*Hinweis: Die Buchung der Kreditaufnahme vom April steht aktuell noch aus [Pos. 30 der Finanzrechnung].*).

Verrechnet mit den Auszahlungen für die Tilgung von Krediten ergibt sich ein Zahlungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 1.183.493,75 EUR.

3. Liquiditätskredite

Der Stand der Liquidität zum Stichtag beläuft sich auf +647.945,86 EUR.

4. Jahresabschlüsse

Die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2021 durch den Sonderdienst Revision ist angemeldet und wird im Juli 2023 stattfinden.

Im Rahmen der Sitzung der Fraktionsvorsitzenden wurde angemahnt, dass es versäumt wurde, über die in diesem Jahr getätigten Kreditaufnahmen zu berichten. Der Bürgermeister entschuldigt sich dafür, die Verwaltung wird in Zukunft umgehend nach einer Kreditaufnahme Bericht erstatten.

Die Bürgerliste stellt folgende Fragen:

- Ist es richtig, dass die Freiwilligen Leistungen trotz vorläufiger Haushaltsführung nicht eingeschränkt wurden?
- In welche Höhe sind bisher die Mietkosten für die Drehleiter und das momentan gemietete Multicar aufgelaufen?
- Für welche Projekte wurden die im September 2022 aufgenommenen 4,3 Mio. Euro verwendet, wenn der Umsetzungsstand unter 30% der vorgesehenen Maßnahmen liegt?

Die Freiwilligen Maßnahmen wurden nicht abgestellt, teilt der Bürgermeister mit. Sie sind nicht in der Form aufgelaufen, in der sie in einem Jahr mit genehmigtem Haushalt auflaufen würden.

Die genauen Zahlen bezüglich der Drehleiter und des Multicars können aus der Verwaltung nicht mitgeteilt werden.

Mit den 4,3 Mio. Euro wurden u.a. die Feuerwehrhäuser in Hofen+Eschenau und Ennerich finanziert. Eine genaue Übersicht über die Projekte erfolgt in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

11.) Haushalt für das Haushaltsjahr 2023 hier: Einbringung

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass er den Haushaltsentwurf bereits in den Haupt- und Finanzausschuss vorverwiesen hat unter der Prämisse, dass jedes Mitglied ein Exemplar zur Verfügung gestellt bekommt.

Nachdem der Bürgermeister das Wort erteilt bekommt, erläutert er die Oberfläche und die Bedienung des neuen Haushaltsprogrammes IKVS und bringt den Haushalt ein. Alle Stadtverordneten bekommen nach und nach ihre Zugangsdaten für das Programm.

Herr Ausschussvorsitzender Ax bittet darum, die Fragen, die man nun über das Programm zum Haushalt stellen kann, erstmal nur über die HFA-Mitglieder an die Verwaltung zu stellen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung verweist den Entwurf des Haushaltes für das Haushaltsjahr 2023 in den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

12.) Schöffenwahl 2023 für die Geschäftsjahre 2024-2028 Aufstellung der Vorschlagsliste

Herr Fraktionsvorsitzender Hautzel fragt für die SPD-Fraktion nach, ob eine nähere Prüfung bzgl. Reichsbürger stattgefunden hat.

Der Bürgermeister teilt mit, dass eine solche Prüfung sehr schwierig sei. Die Liste der Schöffen durchläuft mehrere Gremien bei der Stadt Runkel. Falls sich eine Person darunter befindet, die nicht geeignet wäre, würde es auf diesem Wege auffallen.

Beschluss:

Die beigelegte Vorschlagsliste zur Schöffenwahl 2023 für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

13.) Ehrungen ausgeschiedener Mandatsträger

Der Stadtverordnetenvorsteher erläutert den Sachverhalt. Herr Bürgermeister Kremer ergänzt hierzu, dass der Ortsvorsteher von Steeden, Herr Hans-Karl Trog, sein Amt zum 31.05.2023 niedergelegt hat. Er schlägt vor, ihm die Bezeichnung „Ehrenortsvorsteher“ zu verleihen und ihn am 21.06.2023 mit zu verabschieden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel beschließt die Liste der zu Ehrenden einschließlich der Ehrung von Herrn Trog. Die Ehrungen sollen im Anschluss an die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.06.2023 im Bürgerhaus Steeden vollzogen werden.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

14.) Mitteilungen des Magistrates

1. Der Bürgermeister erinnert an den Besuch der Partnerstadt aus Frankreich. Er lädt alle Mandatsträger ein, an dem Empfang am Samstag, den 27.05.2023, 11.30 Uhr, teilzunehmen.

2. Zum Wasserschaden in der Stadthalle Runkel teilt der Bürgermeister mit, dass der Schaden beträchtlich vorhanden ist. Über die Sommerferien hin werden viele Arbeiten zu leisten sein. Eine Vermietung des Gebäudes findet nur reduziert statt.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil schließt die Stadtverordnetenversammlung und weist auf die nächste Sitzung am Mittwoch, dem 21.06.2023 um 19.30 Uhr hin.

Protokoll erstellt am 29.05.2023

(Jörg Peter Heil)
Stadtverordnetenvorsteher

(Britta Fink)
Schriftführerin